

II. Oktober 1918 bis Januar 1919: Schwäbisch Hall – Alltag und politischer Wandel

VON FLORIAN WANDEL

Hall war schon damals eine bürgerlich dominierte Kleinstadt Nordwürttembergs, eher vom Handwerk als von Industrie geprägt, noch stärker von seiner agrarisch ländlichen Umgebung und deren spezifischen Problemen. Daher fallen die öffentlichen Versammlungen, Gemeinderatssitzungen im Vergleich zu der 2., stärker politisch eingefärbten Periode (bzw. den Wahlen des Jahres 1919) eher sporadisch, teilweise auch exzeptionell (Werkbund in Hall!) aus; doch dazu später. Wie im gesamten Reich offenbarte sich zu Kriegsende eine tiefgreifende sowohl materielle als auch physische Ausblutung der Gesellschaft, eine Mangelwirtschaft, die sich gerade im Alltäglichen und Banalen niederschlug. So wurden im Haller Tagblatt des 23. 10. aus Sperrholz(!) gefertigte Sohlen als »emsige Arbeit der deutschen Technik« als Ausweg für die (Leder-)Sohlennot angepriesen; Leder war Mangelware und in erster Linie für Soldatenstiefel vorgesehen. Für den heutigen Konsumenten mutet mit Mohr- oder Runkelrüben gestreckte Marmelade ebenfalls seltsam an (wobei der Anteil dieser Notsubstanz in der Marmelade immerhin $\frac{1}{3}$ betrug), wobei die rastlosen Bemühungen der zuständigen Reichsstelle, die vielen zu überwindenden Hindernisse, wie Mißernte und Hungerblockade, sowie die sorgfältige Behandlung des Obstes in detailliertester Form geschildert wurden. Des weiteren seien die vorgesehene Beibehaltung der »fleischfreien Woche« für November, Dezember und Januar (als Garantie für ausreichende Milch- und Butterbestände) sowie der durch Paraffinmangel auferlegte Verzicht auf Weihnachtskerzen bei gleichzeitiger Einschränkung der staatlichen Petroleumsausgabe zu nennen. Auch diese knappen Waren blieben den Frontsoldaten vorbehalten. Die Lebensmittelversorgung, wie die reichsweite Wirtschaftsordnung, wurden einer zentralen, staatlich gelenkten Kriegswirtschaft untergeordnet. Der erste Grundpfeiler dieser staatlichen Bewirtschaftung war die Höchstpreisfixierung »von oben«, wobei die Zentralbehörde des Landes die Preisvorstellungen des Berliner Reichsernährungsamtes, z. B. aufgrund höherer lokaler Erzeugerkosten, leicht nach oben korrigieren durfte (an der unbedingten Vorgabe für die Gemeinden änderte dies recht wenig).

Des weiteren sind die den Erzeugern auferlegten Zwangsablieferungen zu nennen, ferner staatliche Ausführungsvorschriften und Kartensystem! Hierzu nun ein Haller Beispiel, das sich auf die staatliche Regelung zur Kartoffelversorgung bezieht, welche am 22. 10. durch den (noch) königlichen Oberamtsmann Vogt im HT veröffentlicht wurde. Es standen sich hierbei quasi das Oberamt als Landesbe-

hörde sowie die Gemeinde gegenüber; letztere hatte bei staatlich festgesetztem Entgelt für die Erzeuger die Zwangseinlieferungen zu organisieren, zweitens aber auch gleich die Versorgung seiner Bevölkerung. Die Gemeinde hatte hierzu örtliche Versorgungsstellen ins Leben gerufen (oder Einzelerzeuger autorisiert), welchen ein Ortsvorsteher vorstand. Jedes Haller Familienoberhaupt mußte nun extra vorgefertigte Formulare ausfüllen und als Antrag an den Ortsvorsteher weiterleiten, wobei in der Gültigkeitsspanne der Verordnung (vom 16. 9. 1918 bis 29. 7. 1919) $3\frac{1}{2}$ Zentner pro Person einzufordern waren! Den Ernst der Verordnung und die hohe Bedeutung der Lebensmittelversorgung bewies ebenso die bei Verstößen angedrohte Geldstrafe (150 RM), Haft oder Kartoffelbeschlagnahmungen oder auch die großartige Aufmachung der Veröffentlichung – $1\frac{1}{2}$ Seiten. Die Macht des Staates zeigte sich durch weitere Verordnungen. Die staatliche Preisfreigabe für Wein am 16. 10. – in einem Winzerland wie Württemberg bestand auch zu Notzeiten rege Nachfrage – sollte eben durch Höchstpreise und Strafandrohungen reguliert werden, was das Innenministerium Württembergs keinesfalls hinderte, diesen Schritt zur wirtschaftlichen Normalisierung am 21. 10. (!) wieder aufzuheben. Die Käufer boten bis zu um 100 % überhöhte Preise ...!¹

Kurzum: Halls Bürger waren durch diese Zustände schon bei Entscheidungen des täglichen Lebens relativ ohnmächtig und mußten sich über den Mangelzustand hinaus auch noch weiterer Mühsal (der Weg zur Versorgungsstelle, Formulare ...) aussetzen. Der oben geschilderte »Weinfall« gibt Hinweis auf zwei weitere Phänomene, die die Haller Zustände jener Zeit kennzeichnen (und auch später in den Versammlungen wieder auftauchen): die Preistreiberei und der Schleichhandel. Das erste bezog sich auf Wucher im allgemeinen, während der Schleichhandel in Hall die dörflichen Erzeuger betraf, die Waren der Zwangsablieferung vorenthielten, um auf dem Schwarzmarkt – durch Preistreiberei – höhere Preise zu erzielen; exemplarisch ein Fall vom 7. 10., bei dem in aller Frühe des Morgens ein aus Untermünkheim stammender Schleichhändler vom Bibersfelder Landjäger auf dem Haller Bahnhof aufgegriffen wurde. Der »Übeltäter« hätte in Heilbronn oder Stuttgart, wo der Hunger noch schwerer wog, mit höheren Einkünften rechnen können, verlor nun aber seine 150 Eier, 10 Pfund Gerste ... durch polizeiliche Beschlagnahmung. Am selben Tag konnte der »Erfolg« zu einem Doppelschlag ausgeweitet werden, da 2 Raibacher Erzeuger mit 180 Pfund Weizen, 60 Pfund Gerste in ihrem Pkw gestoppt wurden! (Fälle von »Geheim Schlachtungen« ereigneten sich in Hall nicht oder konnten nicht ermittelt werden, wohingegen ein Mergentheimer Landwirt im Oktober endgültig für einen Ordnungsverstoß bei der Anmeldung sowie eine Schwarzschlachtung insgesamt 600 Mark zu zahlen hatte!) Haller Bürger sollten sich aber auch für die Zahlungsfähigkeit des Staates verdient machen, also selbst gegen »Geldhamsterei« aktiv werden und die 9. Kriegsanleihe zeichnen; diese wurde am 29. 9. gestartet und sowohl in den öffentlichen Versammlungen Halls als auch von den maßgeblichen staatlichen Stellen und Persön-

1 HT, 22. 10. 1918

lichkeiten soweit als nur möglich unterstützt. So warben am 30. 10. noch Prinz Max, am 28. Erzberger, am 30. der Konservative Bund der Landwirte in der 2. Württembergischen Kammer auch um Haller Groschen; die Sicherheit der an Geldes statt ausgegebenen Scheine, die Rückzahlung inklusive Zinsen sollte am 10. 10. anhand eines angeblich während des Krieges »gewachsenen Volkseinkommens«² und »deutscher Unternehmungslust« als unveränderliche Tatsache dargestellt werden. Eine weitere Dimension erhält die Anleihe durch Veröffentlichungen, wie die des Schulrats Wagner aus Schwäbisch Hall am 19. 10. 1918: Krieganleihe als Prüfung für den militärisch angeschlagenen Riesen und somit als nationale Pflicht; außerdem die einmalige Chance, gemeinsame Stärke zu bekunden, um so den Waffenstillstand milder zu gestalten und schneller zu erlangen. Gleichzeitig wurde es für Haller Bürger möglich, durch Papiere dieser Anleihe bevorzugt überflüssige Heeresbestände zu erwerben, und hier weist die 9. Anleihe (wie allgemein) fatal in die Zukunft (sie war eine der zahlreichen Faktoren, die schließlich 1923 in der Hyperinflation zur Entfaltung gelangten)! Die 9. Anleihe lief am 6. 11. aus und konnte in Hall das (durch die militärischen Erfolge bis Juli 1918) positiv ausgefallene Zeichnungsergebnis der 8. Krieganleihe nicht erreichen. So fiel im Postamt Hall – einer der Zeichnungsstellen – der Betrag von 51 000 auf 18 300 RM! Während die Haller Bevölkerung also auch durch massive Kampagnen Berliner und lokaler Autoritäten nicht aus seiner Verunsicherung und Resignation gerissen wurde, konnten die Lehrer ihren Einfluß stärker geltend machen: die Schüler des Real- und Oberreal-Gymnasiums zeichneten dort und »anderweitig« (d. h. wohl an anderen Stellen) 13 630 RM!

Nun aber zur »kulturell-religiösen Ebene«. Der musikalische Betrieb Schwäbisch Halls fiel im Vergleich zu heute – verständlicherweise – eher dürftig aus, wobei beim Kammermusikabend am Samstag des 12. im Solbadsaal entsprechend der hohen gesamtwürttembergischen Besetzung das zahlreiche Publikum »hoch befriedigt« war!³ Auch Wohltätigkeitskonzerte, z. B. für Kriegserholungsheime (so am 18. 10.) oder Heimkehrende ..., seien zu erwähnen. Wohl eher typisch für eine letztendlich ländliche Gegend erscheint die starke Beteiligung an neu geschaffenen außerordentlichen Bettagen. Hier suchten die Haller wohl Trost und Heil im Gottvertrauen, welches »trotz der Dunkelheit spricht« (so das HT des 21. 10. über den außerordentlichen Bettag des 20. 10.), und der bürgerlichen Sehnsucht nach Ruhe und innenpolitischem Friede wurde in Fürbittgebeten für das Anliegen des Vaterlandes, Tribut gezollt.

Auch bei der Feier des Reformationsfestes wurde den Hallern durch die evangelische Kirche Mut zugesprochen, die den evangelischen »Glauben als Kraftquelle des neuen Anfangs« (HT 3. 11.) anpries!

Der herausragende Beschluß des Haller Gemeinderates während des Oktobers war wohl die Antwort auf den latenten pekuniären Mangel in Hall. Am 25. 10. beschlossen die Gemeinderäte – ganz in guter alter Münzprägtradition – die

² HT, 10. 10., Staatssekretär des Reichsschatzamtes v. Roedern

³ HT, 14. 10. 1918

Bestellung von 1000 Stück Eisen-Zink-Pfennigen bei den Stuttgarter bzw. Ludwigsburger Firmen (das Reichsschatzamt hatte nur zur Beschaffung von Papiergeldersatz geraten)!

Nun aber endgültig zu den Höhepunkten des Haller Gesellschaftskosmos, den Versammlungen: Am 6. 10. tagten Ausschuß und Vorstand des 1907 gegründeten Deutschen Werkbundes in Schwäbisch Hall. Die Ziele des DWB waren das harmonische Zusammenwirken von Künstlern, Handwerk, Design, Architektur und Industrie, wobei die in allen Bereichen gefertigten Produkte ein hohes Formniveau ohne ornamentale Überladung, materielle Qualität und werkgerechte Fertigung in sich vereinigen sollten. Diese durchaus bedeutende Organisation war u. a. für die Organisation zahlreicher Ausstellungen (zwecks Produktschau) verantwortlich, so auch für die Stuttgarter Ausstellung von 1927, zu welcher Mies van der Rohe den Plan für die Weißenhofsiedlung entwarf. Dieser Werkbund wurde nun für seine Tagung durch den Stadtschultheiß Hauber in das Haller Rathaus eingeladen, wobei er in seiner Ansprache Motive lieferte, die über die sicherlich von ihm erwartete allgemeine Hochachtung über die »gelungene Köderung« hinausgingen. So wies er eindrücklich auf die »Nachahmung der Einrichtung des Werkbundes« in Frankreich und England hin⁴, obgleich gerade diese Nationen »früher in den Fragen der Kunst und des Geschmacks führend« gewesen seien. Des weiteren sei dies »ein wertvolles Dokument aus der Zeit des gegen uns von Barbaren angezettelten Krieges«⁵. Auch ein nüchterner Mann wie Hauber schien hier angesichts der sich abzeichnenden militärischen Niederlage die nationale Größe auf anderem Gebiet zu suchen; der Schwenk zur Kulturnation war wohl (zumindest ohne Messianismus) damals durchaus verständlich und weniger gefährlich als militärisches Muskelspiel! Vielleicht erhoffte sich Hauber aber auch Impulse für das hiesige Handwerk oder den Neuanfang im allgemeinen. Hauber betonte, daß sowohl beim vaterländischen Aufbau als auch bei der Arbeit des Werkbundes »umfassende Qualitätsleistung« vollbracht werden müsse!

Am Sonntag, dem 13. 10., fand eine Versammlung statt, in der es um *das* Oktober-Thema ging: »Unsere Lebensmittelversorgung«! Als geladener Gast und Redner erschien der Landtagsabgeordnete Pflüger aus Stuttgart, Sozialdemokrat, der die allgemeine Verschlechterung der Lage in Württemberg an dem Haller Beispiel des Buttermangels zu erläutern (staatliche Butterverteilung nur alle 5 Wochen) wußte und dies auf die vom Krieg hervorgekehrten schlechten Eigenschaften der Menschen zurückführte, die sich ganz konkret in mangelhaften Ablieferungen und Schleichhandel zeigten. Auch staatliche Preisanreize und Erzeugerprämien hätten keine Linderung verschafft, und die Versorgung durch staatliche Bewirtschaftung als sozialdemokratische Forderung sei zu spät eingeführt worden. Hier teilte Pflüger zum einen stark gegen wirtschaftliche Libertinage sowie überhaupt die staatlichen noch »landesfürstlichen« Behörden aus; Zitate, wie »hat an den

4 HT, 7. 10. 1918, Schultheiß Hauber

5 HT, 7. 10. 1918, Schultheiß Hauber

maßgebenden Stellen kein Verständnis«, oder »Kriegsgesellschaften ... , die nur eigenes Interesse wahrnehmen« belegen dies.

Am 29. 10. schließlich ließen sich die Frauen des landwirtschaftlichen Hausfrauenvereins von einem Königlichen Hauptmann Hermelink über die Kriegstage berichten. Hermelink interpretierte die militärische Lage positiv (»Er warnte davor, die Erlebnisse der letzten 2 Monate als vollständige Katastrophe anzusehen«)⁶, hob die »ungeheuren Leistungen«⁷ der deutschen Truppen hervor und schilderte »schön und eindringlich die einsame Stunde des Feldherrn«. Solche Verherrlichungen ließen das revolutionäre Aufbegehren einige Tage später nur allzu leicht als »Dolchstoß« erscheinen. Teile der »Haller Frauengemeinde« bekundeten hier noch durch heftigen Beifall und persönliche Danksagungen Untertanengeist, wie er dann auch durch Heinrich Mann in seinem Ende 1918 erschienenen »Untertan« trefflichst thematisiert wurde. Auch wenn später im Dezember 1918 Teile der Haller Bürgerinnen niveauvollen Vorträgen ihr Gehör schenken sollten, so blieb doch Unmündigkeit bei vielen als geistiges Kontinuum in der Weimarer Zeit erhalten.

Das reichsweite revolutionäre Aufbegehren des 9. 11. hinterließ auch in Schwäbisch Hall unmittelbare Spuren: »Die grundstürzenden Ereignisse der letzten Tage«⁸ gaben auch in Hall »Anlaß zu einer Kundgebung ... in Form einer Versammlung, die von der Sozialdemokratischen Partei und den vereinigten Gewerkschaften auf Sonntag nachmittag in den Hirschaal einberufen worden war«⁹. Vielleicht noch ein zeitgenössischer Quellenauszug, der die soziale Schichtung der Teilnehmer illustriert: »Bürger aus allen Gesellschaftskreisen, Soldaten, Arbeiter und Arbeiterinnen waren in großer Zahl erschienen, um an dieser Versammlung unter der neuen Regierungsform teilzunehmen¹⁰. Stimmungslage und Verhalten der Versammlung: »Größte Aufmerksamkeit«, »oftmals ... kräftiger Beifall«, »ruhige leidenschaftslose Besprechung« – sowohl das breite Interesse als auch die innere Beteiligung bei gleichzeitiger sachlich-nüchterner Rezeption zeigen, daß diese Versammlung nicht von »rotem Revolutionstaumel« geritten wurde. Eröffnet wurde die Versammlung durch Friedrich Baumann (Vorsitzender des Metallarbeitervereins, Schlosser und SPD-Mitglied), der von einem »Übergang ohne Blutvergießen in einem freien Staat«¹¹ sprach und zweitens die Vorbereitung der Versorgung der bald heimkehrenden Soldaten auf dieser Versammlung angehen wollte.

Der zweite SPD-Redner, ein Schreinermeister namens Brotz, schilderte die Ergebnisse von Besprechungen zwischen Gewerkschaftsvertretern und staatlichen Behörden in Stuttgart: Neu zu schaffende Arbeitsämter in größeren Maßstäben (Gemeindefassung 6. 12.: Arbeitsamt Hall wurde zum Bezirksarbeitsamt) und auf Gewerkschaftsinitiative ein Landesamt für Übergangswirtschaft und anstrebende

6 HT, 29. 10. 1918

7 HT, 29. 10. 1918

8 HT, 12. 11. 1918

9 HT, 12. 11. 1918

10 HT, 12. 11. 1918

11 HT, 12. 11. 1918

Demobilisierungsfragen. Interessant ist dabei, daß Brotz trotz der erreichten Einführung der Republik und der Forderung nach der baldigen reichsweiten Wahl der Volksvertretung den württembergischen König wortwörtlich als »leutseeligen Mann« bezeichnet: entweder scheint es in den einfacheren Kreisen der Sozialdemokratie in Hall einen (wohl eher) eingeschränkten, aber doch tatsächlich existierenden Respekt vor monarchischer Legitimität oder der Person des Königs gegeben zu haben, oder Brotz wollte nur in einer eher gemäßigten bürgerlichen Stadt keine »Thermidorstimmung« verbreiten! Brotz bekannte sich außerdem schon hier zum 3 Tage später zu unterzeichnenden Waffenstillstand und – mit Hinweis auf militärische Kriegstreiber und »nationale Falken« – zu einer deutschen Kriegsschuld: »Unser Militärstaat war tatsächlich eine Gefahr für ganz Europa, ihm haben wir den schrecklichen Krieg zu verdanken.« Aber auch »rein Bürgerliche« Schwäbisch Halls durften zu Worte kommen, wie Professor Wild, einer der späteren »Motoren der DDP« in Hall. Dieser hob lobend hervor, daß die Revolution – durchaus von Arbeitern durchgeführt – durch verantwortungsvolles Handeln der Arbeiterführer ruhig verlaufen sei (als Schreckbild ohnegleichen schwebten den Bürgerlichen die russischen Ereignisse von 1917 vor).

Wir fassen kurz zusammen: Am Sonntag, dem 10. 11., wurde in Hall auf die Republikanisierung reagiert und man artikulierte hierbei bereits die bis zum Januar 1919 (teilweise auch später) brennendsten Fragen und Forderungen: gleiche Wahlen zum Reichstag und ebenso neue Landtagswahlen, allgemeine Anpassung an die neue freie Staatsform; schließlich: Bewältigung der durch Demobilmachung, heimkehrende Soldaten und Winterzeit bevorstehenden Arbeitsmarkt- und Versorgungsprobleme.

Den Haller Gemeinderat beschäftigten besonders über November/Dezember 1919 die Vorbereitungen zur Wiedereingliederung der Demobilisierten, die durch die am 12. 11. durch den »Leiter des Kriegswesens« der provisorischen Regierung »sofortige Entlassung des Besatzungsheeres«, sprich der Frontsoldaten, bald in Hall eintreffen konnten. Ein weiteres Problem blieb die verschärfte Versorgungslage! Der erste Beschluß blieb am 15. 11. im Gemeinderat allerdings ein politischer. Wegen mangelnder Vollzugsvorschriften für das neue, gleiche Wahlverfahren wurde die Wahl des Bürgerausschusses, die am 3. 12. vorgesehen, vorübergehend auf Eis gelegt, wobei Hauber die Republik keineswegs behindern wollte. Er rief vielmehr zu »sachlicher Arbeit ohne Ansehen von Partei und Person« unter dem Grundsatz »gleiches Recht für alle« auf. Schon auf derselben Sitzung dann Demobilisierungsfragen: Beauftragung des Bauausschusses mit Arbeitsvergabe und Wohnungsbau. Suche nach Hilfskräften für einen Stadtbaumeister und Bereitstellung von 500000 RM aus spitalischen Mitteln¹², aber auch die Planung über eine neue Milcherfassung und -verteilung wurde schon angesprochen!

Am 25. 11. ging der Gemeinderat schließlich auf ein weiteres Kind der Revolution zu: Dem seit den frühen November-Ereignissen auf in Hall bestehenden Arbeiter-

¹² Gemeinderatsprotokoll 15. 11. 1918

und Soldatenrat garantierte der Gemeinderat die Übernahme sämtlicher Kosten sowie einen sofortigen Vorschuß von 500 RM! Dieses Entgegenkommen wurde von dem Haller Arbeiter- und Soldatenrat insoweit honoriert, als daß er sich nicht auf doktrinär-ideologisches Phrasendreschen beschränkte, sondern durch konstruktive Kritik, Eigeninitiative oder sogar gemeinsames Vorgehen dem Gemeinderat bei der Stadtverwaltung als Sachverständiger einsprang. Außerdem waren schon von Anfang Dezember 2 Räte im Gemeinderatskollegium vertreten, wobei die Partizipationsbestimmungen von Arbeiter- und Soldatenräten bei der Kommunal-Stadtverwaltung, die durch die provisorische Regierung erlassen worden war, bereits zur Genüge erfüllt wurden. Als konkretes Beispiel der Zusammenarbeit wäre die neue Milchverordnung Halls zu erwähnen. Zuerst einmal machte der A. S.-Rat Halls Personalvorschläge für das neu zu schaffende Amt eines monatlich zu berufenden Milchamtsleiters mit »zusätzlichem Arbeitsgeld« (13. 12.; 16. 12.) sowie Vorschläge für die Vereinfachung des Kartensystems. Zwar konnte Hauber die Beibehaltung von – den wohl umständlicher zu handhabenden – Listen bei Erfassung und Verteilung durchsetzen, der gemeinsame Beschluß einer personell erweiterten Durchführungskommission lag aber in beiderlei Interesse (und Zustimmung).

Die quasi engste Verbindung offenbarte sich auf der Gemeinderatssitzung des 30. 12. 1918. In Anbetracht einer dringlichen Versorgungskrise (»Dezember-Käs«, Fett, Gries) erhoben die Gemeinderäte den Vorwurf, daß das Oberamt als Landesinstitution »zurückstehe«, d. h. die Versorgungsengpässe nicht zu schließen gewillt war oder verstand. Die Gemeinderäte beschlossen daraufhin, »den Arbeiterrat zu ersuchen, in möglichster Bälde ... beim Oberamt vorstellig zu werden und auf eine bessere Lebensmittelversorgung zu drängen«¹³. Daß es den Hallern im Dezember ans Eingemachte ging und dieses gemeinsame Vorgehen vielleicht sogar erzwang, weist ein Detail der Gemeinderatssitzung des 6. 12. auf. Dort wurde lapidar im Protokoll vermerkt, daß es zum derzeitigen Zeitpunkt sogar an Kohle zum Heizen des Stadtbades fehle, in dem die Demobilisierten vor der Rückkehr ins zivile Leben vom Staub, Schützengrabendreck und Ungeziefer zu befreien gewesen wären!

Die komplexe Problematik der Versorgung bei gleichzeitiger Werkstilllegung der Demobilisierung wurde schließlich auf der Versammlung des 1. 12. im Haller Rathaussaal in größerem Rahmen diskutiert. Zur Ernährungsfrage sprach der württembergische Ernährungsminister Baumann. Als Stuttgarter Stadtbewohner konfrontierte er die Haller mit einer anderen Perspektive. Zwar beurteilte er die Versorgungslage Gesamt-Württembergs als »vergleichsweise positiv«, betonte aber einen empfindlichen Brot- und Milchmangel, wobei er den letzteren auf die übersteigerte Verbutterung der Erzeuger (also auch Halls bäuerlicher Umgebung) aufgrund höherer, zu erzielender Preise zurückführte. Der Oberamtsbezirk Hall war für ihn Erzeugerland, und diesem drohte de facto mit einem bevorstehenden

13 Gemeinderatsprotokoll 30. 12. 1918

Verteilungskampf zwischen hungernden Städtern und den Erzeugergemeinden! Schon zuvor hatten jedoch die Haller in einer Anzeige des Heilbronner OB im HT des 23. 11. erfahren: »Die Not (Anm.: in den Städten) ist groß«. Zur Demobilisierung sprach schließlich ein bereits oben erwähnter Militär, der Hauptmann Hermelink. Über die vom Gemeinderat bereits beschlossenen Maßnahmen hinaus trifft der Nachforschende hier zum ersten Mal auf den Begriff »Auskunftsstellen«. Jene waren – auch in Schwäbisch Hall – zur Begrüßung und Belehrung des Heimkehrenden geschaffen worden und befaßten sich beispielsweise auch mit der häufig notwendigen Entlassung verwahrloster Soldaten. Speziell in Hall erhielt der Soldat ein »Begrüßungsflugblatt«, das nach zusätzlicher Aufklärung trachtete und von dem Haller Heinrich Ehrlar verfaßt worden war. Aber Hermelink kam auch auf wirkliche Neuigkeiten zu sprechen, bezifferte die Anzahl der verstreuten Heimkehrer auf 2–5 pro Tag und datierte die Heimkunft der »großen Meute« auf 2–3 Wochen. Die dafür organisierte Feier fand schließlich – allgemein »sehnsüchtig erwartet«¹⁴ – am 5. 12. 1919 in Form eines Festgottesdienstes in der St. Michaelskirche statt. Das Haller Tagblatt bezeichnete die Predigt des Dekan Groß als »glänzend«. Bezeichnungen, wie »tröstender Balsam« sowie der fast hymnische Ton des Artikels, offenbaren wohl die Erleichterung derer, die von familiären Verlusten verschont geblieben waren.

Den Anfang in der langen Reihe der Haller Wahlkampfveranstaltungen machte die neugegründete, nationalliberal ausgerichtete Württembergische Bürgerpartei am 15. 12. im Hirschaal, in der von einem Staatsanwalt namens Schmid aus Stuttgart über die Revolutionsereignisse des Novembers sowie über die zu wählenden Parteien referiert wurde. Hierbei zog er sämtliche demagogischen Register, sprach von dem »Waffenstillstandsangebot als direkte Ursache unserer Niederlage«¹⁵ und behauptete, daß die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen durch die Propaganda der sozialistischen und demokratischen Presse (Schlag gegen die Linksliberalen!) zustande gekommen sei. Noch deutlicher tritt das Spinnen an der Dolchstoßlegende in dem Satz »Die Revolution ... war nichts anderes als ein hinterlistiger, feiger Sprung in den Nacken des Heeres« hervor. Als er auf die neuen Parteien zu sprechen kam, offenbarte sich der Gegensatz der Liberalen nur zu kraß: Die DDP wurde als der »gefährlichste Feind« denunziert, mit schönrednerischen, abermals erfolglosen 48ern verglichen. Außerdem bediente sich Schmid antisemitischer Klischees. Die DDP-Aufrufe seien von »außerordentlich geschickten, jüdischen Rechtsanwälten« mitbearbeitet worden und er wolle nicht, daß »600000 Juden ein Volk von 70 Millionen« regieren.

Die DDP Schwäbisch Halls war diejenige politische Partei, deren Versammlungsaktivitäten am weitesten gestreut waren. Der erste sog. politische Abend der DDP (es gab bis zum 19. 1. 1919 derer 5 sowie weitere Versammlungen) fand am 16. 12. im Hirschaal statt, wobei – wohl unter dem Eindruck der Versorgungsprobleme – der Geschäftsführer des Vereins zur Volksbildung, Herr Bäumler, über die Grund-

14 HT, 8. 1. 1919

15 HT, 8. 1. 1919

fragen der Volkswirtschaft sprach. Zuerst wurde die ungeheure Bedeutung des Wirtschaftslebens für die Zukunft der Deutschen betont, was sich zu allererst in den katastrophalen Auswirkungen der Waffenstillstandsbedingungen in Deutschland zeige (z. B. Entlassungen), aber auch durch den hohen Stellenwert wirtschaftlicher Konzepte in den Parteiprogrammen zum Ausdruck komme! Dann wurde die allgemeine Entwicklung zur Weltwirtschaft illustriert, die schließlich in folgenden Zustand gemündet habe: »Je geistvoller die Maschinen wurden, desto geistloser die Arbeit.« Auf der Versammlung einer liberalen Partei eine nahezu marxistische Analyse – Entfremdung des Industrieproletariats – ist wohl als bemerkenswerte Offenheit oder Wahrheitsliebe zu bezeichnen. Die Schlüsse, die Bäuml er zog, waren allerdings weniger marxistischer Natur, sondern typisch für die wirtschaftlichen Konzepte der DDP: Beibehaltung des Kapitalismus bei Berücksichtigung menschlicher Bedürfnisse, d. h. der vague Ruf nach einer sozial(er)en Marktwirtschaft. Aber auch die Betonung von individueller Verantwortung und persönlichem Verzicht erschien in dieser Zeit immer wieder in den Reden der DDPler, z. B. in Aussprüchen, wie »Wir werden nach Kriege mehr arbeiten müssen als vor dem Krieg«, oder in dem heftigen Drängen, den 8½ Arbeitstag (als Forderung der SPD) nur als Fernziel zu artikulieren. Gegenüber der Sozialisierung blieb die DDP zaghaft, wollte sie höchstens bei florierenden Betrieben zulassen.

Die Verantwortung kann auch als übergeordnetes Motto für den 2. politischen Abend der DDP im Hirschaal (21. 12. 1918) angesehen werden. Dr. Zeller wies in seinem Vortrag »die politischen Parteien« auf die persönliche Verantwortung jedes Staatsbürgers hin und versuchte, durch Erläuterung der liberal-demokratischen Traditionen für die anstehenden republikanischen Wahlen zu werben. Verantwortung legte er auch den politischen Kräften des zerfallenden Reichstages auf: »Von jetzt an wird es nötig sein, daß die Parteien eine Mehrheit im Parlament bilden«¹⁶ – dies als Abschluß seines Gedankenganges.

Am Mittwoch, dem 8. 1. 1919, kam es zum 5. politischen Abend der DDP (wie immer im Hirschaal), anhand dessen sich die kontroversen Lösungsansätze für die Frage des Verhältnisses zwischen der neuen Republik und der Kirche sowie der daraus erwachsenden Regelung des Religionsunterrichts exemplarisch nachvollziehen lassen. Als geladener Gast trat der Stadtpfarrer Schmoller an das Rednerpult, und nach der Darlegung einer kurzen Kirchengeschichte (mit Erläuterung der jeweiligen Eigentums- und Entscheidungsrechte des Klerus) kam er auf die seit dem Erfurter Programm von 1891 verfochtene SPD-Kirchenpolitik zu sprechen. Deren Grundsatz »Religion ist Privatsache« setzte Schmoller sein Credo entgegen. Der Satz »Religion ist Gemeinschaftssache« enthielt das Postulat einer funktions-tüchtigen Volkskirche, die ihre erzieherische-seelsorgischen Aktivitäten der Allgemeinheit zu Gute kommen lassen sollte. Die Sozialdemokraten würden – so Schmoller – mit der vollständigen Trennung von Staat und Kirche (damit also dem Ende der staatlichen Übernahme von kirchlichen Finanzlasten und Ausbildungs-

kosten von Geistlichen) notwendigerweise die Entstehung finanziell bedürftiger, daher nur regional-partiell tätiger Freikirchen, bewirken. Somit würde aber auch der so bitter notwendige Religionsunterricht aus den Schulen verschwinden, was dann wiederum zur sittlichen Verrohung der Jugend führe. Der Religionsunterricht sollte auf freiwilliger Basis, auf Nachmittagsstunden verlegt, stattfinden, aber zusätzlich durch staatliche Zuschüsse und Leistungen fest abgesichert werden.

Die Reaktion der DDP-Mitglieder Prof. Wild und Dr. Zeller auf diese Ausführungen weisen einige Charakteristika auf: Sowohl Zeller als auch Wild verwahrten sich gegen Wahlempfehlungen von Seiten der Kirche für die Bürgerpartei, die versucht hatte, dieses Thema für den Wahlkampf zu instrumentalisieren und gegen die DDP auszureizen (dies geschah in einem Wahlauftritt des HT's vom 7. 1. 1919). Einmal mehr trat hier die »liberale Zerstrittenheit Halls« offen zutage. Die zweite Besonderheit ist, daß Professor Wild den Kirchen auch bei sozialdemokratischer Kirchenpolitik, damit also finanzieller Beschneidung, durchaus eine gesicherte, wenn auch erschwerte Zukunft bescheinigte. Der Kirche selbst kam Wild insofern entgegen, als er von protestantischen Theologen als »Mitgliedern in aussichtsreicher Stelle« und von der Religion als »notwendiger Lebensmacht« sprach und ebenso die Beibehaltung des Religionsunterrichts protegierte. Typisch freiheitlich-liberale Toleranz der Gedanken fand sich in der Forderung Wilds nach »Simultanschulen«, was in etwa dem heutzutage praktizierten Modell – mehrere gleichberechtigt unterrichtete Konfessionen an einer Schule – gleichkam.

Am 10. 1. schließlich trat die SPD mit der größten Wahlkampfveranstaltung auf den Plan. Der Landtagsabgeordnete Reichel, SPDler aus Stuttgart, referierte zunächst über politische Fragen. Hierbei wurden zuerst die beiden Kriegsschuldigen Deutschlands beim Namen genannt: Großkapital und Junkerkaste, womit sie mit ihrer Analyse derer des konservativen »Bund der Landwirte« erstaunlich nahelagen; diese hatten »der hochentwickelten Industrie« und sogar dem Kaiser Schuld bzw. Mitschuld zugesprochen (Versammlung vom 7. 1. 1919). »Nun handelt es sich darum, den Strom der Volksbewegung nicht über die Ufer treten zu lassen ..., sondern dafür zu sorgen, daß er in ein ruhiges Bett fließt.« Dieser prägnante Satz spiegelte die herrschenden bürgerkriegsähnlichen Zustände (Spartakusaufstand in Berlin) nur zu gut wider! Auch die SPD als linke Partei mußte stets fürchten, durch Gewalt und ungezügelter Revolution quasi mit diskreditiert zu werden, zumal die Haller als Bewohner einer dezentral gelegenen Kleinstadt sicherlich eine gewisse Abneigung gegen die ruhelose Metropole Berlin entwickelt hatten.

Die SPD griff als erste politische Partei auf eine Frau als Rednerin zurück. Dabei ist zu erwähnen, daß die Hauptschullehrerin Zundel im wesentlichen 2 Punkte hervorhob! Sie drängte zunächst auf eine bessere Sozialpolitik, z. B. beim Mutterschutz oder der Arbeiterversicherung, und sprach sich dann für eine gerechtere Mittelverteilung im Schulwesen aus. Die Erwiderung Professor Wilds der DDP zeigt wiederum, daß die Kritik dieser beiden Parteien untereinander auf sachlicher, konstruktiver Ebene verlief. Die Sozialleistungen wurden von ihm ohne jede

Polemik als zu hochgesteckt angesehen und damit als Belastung einer schwachen Wirtschaft interpretiert; der politischen Analyse des Herrn Reichel schloß er sich »restloslos« (wörtlich) an. Vor der abschließenden Wahlbetrachtung als solcher soll nun noch ein flüchtiger Blick auf einen Teil der Bevölkerung geworfen werden, den die Revolution aus dem Dornröschenschlaf erweckte! Die Frauen! Nietzsche sagte einmal (Götzendämmerung, Mädchenlied, 4. Strophe): »Selten denkt das Frauenzimmer, denkt es aber, taugt es nichts!« Diese Feststellung traf vielleicht auf Teile der Frauen vor der Revolution (und sicherlich auch nach ihr) zu, aber im Verlauf des Wahlkampfes wollten sich die Frauen zunehmend bilden, aufgeklärt werden, und dies wiederum selbst von »weiblichen Weisen«!

Das Wahlrecht für Reichstag und Landesversammlung galt für alle Männer und Frauen über 20 Jahre, die Frauen waren gefordert. Schon am 6. 12. 1918 fand eine derartige Versammlung neuen Typs statt, auf der die Stuttgarter Schriftstellerin Schieber den zahlreich erschienenen Haller Bürgerinnen klarmachte, daß die »zerstörerischen Gewalten« der Revolution »bei näherem Hinsehen« auch »neuschaffende Kräfte« hervorgebracht hätten (Republik, gleiche Wahl)!¹⁷ Neben emanzipatorischen Forderungen, welche der Doppelmoral des Kaiserreichs und der verschiedenen Behandlung der Geschlechter betreffs Ehebruch in der Wilhelminischen Zeit ein Ende zu bereiten trachtete, sollten die Frauen nun »selbständig denken« und in Familie und Staat mitarbeiten! Am 4. 1. 1919 im Hirschaal, einer Versammlung des Frauenvereins, sprach Frau Professor Merz aus Stuttgart, die ebenfalls die geistige Freiheit und politische Mündigkeit der Frauen betonte: »Die Frauen sollen sich die Parteiprogramme ansehen und dann aus dem eigenen Innern heraus urteilen, was für sie das Richtige ist. In die Parteien müssen die Frauen hinein ...«¹⁸. Die Haller DDP regte dann – dies als abschließende Bemerkung zu den Frauen – auf Initiative von Dr. Zeller die Konstituierung einer »demokratischen Frauengruppe« an, was dann auch in die Tat umgesetzt wurde. Damit war die erste Frauengruppe einer Haller Partei entstanden!

Nun zu den Wahlergebnissen des 13. 1./19. 1. 1919: Da sich die Haller Ergebnisse von Landtags- und Reichstagswahl nur geringfügig unterschieden, sollen als Untersuchungsgrundlage die Ergebnisse zur Reichstagswahl vom 19. 1. dienen und sich ganz auf die Stadt Hall und das Gesamtreich beschränken. Die Wahlbeteiligung Halls lag mit 88 % nur geringfügig über der des Reiches (82,7 %)¹⁹ und auch die SPD schnitt in Hall nur geringfügig besser ab als im Reich (Hall: ca. 40,6 %, Reich: 37,9 %). Ganz anders das Bild bei der doktrinären USPD: sie erlitt in Hall eine Schlappe; 28 Stimmen und damit 0,6 % Wählerstimmen sprechen Bände. Die Anhängerschaft der Unabhängigen war wohl eher urban geprägt und bescherte der USPD reichsweit immerhin 7,6 %!

17 HT, 9. 12. 1918

18 HT, 6. 1. 1919

19 HT, 20. 1. 1919: als Basisgröße dienen Wahlergebnisse zur Nationalversammlung in Hall selbst, also 5353 Wahlberechtigte; 4720 abgegebene Stimmen ca. 88 % sowie Chronik des 20. Jahrhunderts S. 243 ff.

Was das liberale Lager anging, so errang die DDP die Sympathie von sage und schreibe 40,2 % Wählern, wohingegen die Bürgerpartei auf lediglich 15 % Stimmen kam. Reichweit war das Kräfteverhältnis jedoch eher zu Ungunsten der DDP (18,5 %) und auch die Partei des rechtsliberalen Spektrums, die DVP, errang nur 4,4 %. Also schien es in Schwäbisch Hall doch so etwas wie einen Bürgerblock zu geben, der in Hall immerhin ca. 55 % der Stimmen für sich verbuchen konnte. Die Zentrumspartei konnte mit ihren 4,4 % vergleichsweise wenig Stimmen einfahren; in einer protestantisch geprägten Stadt wie Hall war dies jedoch wohl nicht anders zu erwarten gewesen.

Die Haller Geschehnisse in den Revolutionsmonaten um die Jahreswende 1918/19 lassen sich kaum in wenigen Worten zusammenfassen: Im Vergleich zur Entwicklung im Reich weisen sie typische Merkmale wie auch Besonderheiten auf. Halten wir uns deshalb an Schiller, der in einem seiner Gedichte sagt: »Ehret ihr immer das Ganze, ich kann nur das Einzelne achten, immer im Einzelnen nur hab ich das Ganze«²⁰